

Der halbe monatlich bei zweimonatlicher... 1.50 Mark, vierteljährlich... 4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark...

Zaack-Zeitung

Dreihundfünfundvierzigster Jahrgang.

werd. A. 7gerhalt. 30mm Br. Kolonnen... 1.50 Mark, durch die Post 1.50 Mark...

Nr. 251.

Halle, Sonnabend, den 31. Mai.

1919.

An die Deutschen im Osten.

Verhandlungen, nicht Kampf heißt die Parole für die deutsche Bevölkerung.

Reichsregierung und Osten.

WTB. Berlin, 30. Mai. (Drahtnachricht. Amtslich.) Die deutschen Gegenvorschläge sind in Paris überreicht worden. Sie treten mit Nachdruck und Ernst für das Verbleiben der deutschen Randgebiete im Osten beim Reich ein.

Jetzt heißt es, diese Gegenvorschläge zu unterstützen und alles zu vermeiden, was ihre Wirkung beeinträchtigen könnte. Wer heute den Gegnern einen Vorwand für den Einmarsch und die gewalttätige Besitzergreifung liefert, macht sich gegen seinen Willen zu ihrem Bundesgenossen.

Deutsche im Osten! Bewahrt das Reich in dieser Gefahr durch Ruhe und Disziplin. Laßt keine unnützen Äußerungen das Schicksal Deutschlands und vor allem das deutsche Osten gefährden. Verhandlungen, nicht Kampf! Das muß jetzt die Parole sein.

Werden unsere Gegenvorschläge abgelehnt, so wird die Reichsregierung ihre Entschlüsse für Reich und Deutschum fassen, wie es für das Leben des ganzen Volkes notwendig ist. Wir kennen unsere Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft. 30. Mai 1919.

Die Reichsregierung.

Scheidemann. Dr. Dernburg. Graf Brockdorff-Ransau. Frensch. Baner. Wissel. Schmidt. Landsberg. Koske. Dr. Neff. Giesberts. Gothein. Dr. David. Erzberger.

Graf Bernstorff würde auch nicht unterzeichnen.

WTB. Berlin, 30. Mai. Französische Presseäußerungen zufolge scheint in Paris die Ansicht zu bestehen, daß es leichter sein würde, den Vorkämpfer Grafen Bernstorff zur Unterzeichnung des feindlichen Friedensvertrages zu bewegen, als den berechtigten Führer der deutschen Friedensdelegation in Versailles. Von einem Vertreter des W. Z. B. um seine Meinung über diese Presseäußerungen gebeten, erklärte Graf Bernstorff:

Die Auffassung, daß ich etwa eher geneigt sein sollte, die feindlichen Friedensvorschläge zu unterzeichnen, als Graf Brockdorff-Ransau hat mich in hohem Grade überrascht. Es ist ganz selbstverständlich, daß ich kein Deutscher sein würde, der seinen Namen unter ein Dokument setzen wird, das einem Todesurteil gegen sein Vaterland gleichkommt. Wenn unsere Gegner aufrechtstehend den Abschluß des Friedens wünschen, so gibt es nur einen Weg: sie müssen die unannehmbaren und unausführbaren Bestimmungen des uns vorgelegten Vertragsentwurfs abändern.

Die deutsche Note über die Kriegsgefangenen.

WTB. Versailles, 30. Mai. Von der gestern Clemenceau überreichten Note über die Kriegsgefangenen enthält die deutsche Friedensdelegation für ihre Pflicht, zu den Ausführungen in der Note der Alliierten vom 20. d. M. unter anderem folgende Bemerkungen zu machen:

1. Die Weigerung der Alliierten, durch eine Änderung der einschlägigen Bestimmungen das Los der Kriegs- und Zivilgefangenen sofort zu verbessern, ist auf das tiefste zu bedauern. Die Kommission, deren Aufgabe es ist, die Verhältnisse der alliierten und assoziierten Mächte geheimer ist, hätte unter anderem den Punkt der Kriegs- und Zivilgefangenen mit ihren Familien erörtern sollen. Es sind unzählige Familien nachzuweisen, in denen deutsche Kriegsgefangene in der Hand der Alliierten seit Abschluß des Waffenstillstandes

ohne jede Verbindung mit der Heimat sind. Weiterhin wäre es ganz allgemein die Aufgabe der vorgelegten Kommission gewesen, Mittel und Wege zu finden, um durch höhere Entlohnung, bessere Unterbringung und sonst, erweiterte Bewegungsfreiheit, Gewährleistung der Sonntagsruhe usw. die Lage der Kriegs- und Zivilgefangenen in jeder Hinsicht zu

heben und diese so vor dem völligen Zusammenbruch zu retten.

2. Die alliierten und assoziierten Mächte lehnen in ihrer Note vom 20. d. M. die Freilassung hunderttausend Kriegs- und Zivilgefangenen ab, die sich Verbrennen und Vergehren haben aufzubringen kommen lassen. Deutschland hat seinerzeit die

unterchiedslose Freigabe

aller Kriegs- und Zivilgefangenen der alliierten und assoziierten Mächte angeboten. Es muß nun auch auf seinen Antrag bestehen, daß seinen Angehörigen - außer von Seiten der alliierten und assoziierten Regierungen in gleicher Weise verfahren wird. Die deutsche Friedensdelegation muß um so mehr auf ihrem Standpunkt beharren, als der deutschen Regierung aus dem ihr vertragsmäßig von der französischen Regierung übergebenen Straßlisten bekannt ist, daß deutsche Kriegsgefangene in Frankreich wegen geringerer Vergehen gegen die Disziplin gerichtlich zu langjähriger Freiheitsstrafe verurteilt worden sind.

3. Die deutsche Friedensdelegation muß die einseitige Behauptung, daß kein Vergleich gezogen werden könne in der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und die alliierten und assoziierten Mächte andererseits, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Die deutsche Regierung hat das Urteil der Welt hinsichtlich der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland nicht zu fällen. Sie ist jederzeit bereit, die Frage der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen durch die verschiedenen kriegführenden Mächte der Prüfung einer aus neutralen und unbeteiligten Mitgliedern bestehenden Kommission zu übertragen. Sie würde die Einsetzung einer derartigen unparteiischen Stelle nur warm begrüßen, der sie mit dem gesamten Material

zahlreiche Beweise unmenslicher Behandlung deutscher Kriegsgefangener

vorlegen könnte. In diesem Zusammenhang lenkt die deutsche Friedensdelegation die Aufmerksamkeit der Alliierten auf das in Abschrift beigelegte, an das Internationale Rote Kreuz gerichtete Schreiben vom 15. Februar 1919 hin, in dem französische Arbeiterinnen als Frauen und Mütter eingezogener Franzosen ihre Stimmen gegen den Anblick grausamer Behandlung deutscher Gefangener im Department Seine-Inférieure erheben, die in der Tat nicht geahnt ist, die in der Note der alliierten und assoziierten Mächte vom 20. Mai 1919 aufgestellte Erklärung zu rechtfertigen.

Zusammentritt der demokratischen Fraktion.

Berlin, 30. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, ist die Fraktion der Demokratischen Partei auf kommenden Dienstag nachmittags 5 Uhr zu wichtigen Beratungen über die Friedensfrage einzuberufen worden. Die Fraktion wird auch in den darauf folgenden Tagen ihre Beratungen fortsetzen.

Kabinettsitzung in Berlin.

Berlin, 30. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Heute vormittag hielt die Reichsregierung eine Kabinettsitzung ab, in der über das aus Versailles neu eingetroffene Material beraten wurde. Ferner beschäftigte sich der Kabinettsitzung mit den Maßnahmen, die während der Zeit ergriffen werden könnten, in der die Entente unsere Gegenvorschläge prüft. Die Sitzung hatte um 11 Uhr vormittags begonnen und dauerte bis 2 Uhr nachmittags. Die Minister Giesberts und Landsberg, die in Begleitung von 13 anderen Herren der deutschen Friedensdelegation nach Berlin zurückgekehrt, werden heute abend hier eintreffen. Die Minister werden in der morgigen Kabinettsitzung ausführlichen Bericht über die Vorgänge der letzten Tage in Versailles erstatten. An zuverlässiger Stelle liegen bis jetzt noch keinerlei Nachrichten darüber vor, wie sich die Entente zu unseren Wünschen nach mündlichen Verhandlungen stellen wird und ob sie zu Änderungen des Friedensvertrages bereit ist.

Eine deutsche Republik Ermland?

Bromberg, 30. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus Westpreußen gemeldet wird, trägt man sich dort mit dem Gedanken, die aus Westpreußen bis zur Weichsel als eine selbständige Republik, vielleicht unter der Präsidentschaft des Bischofs von Ermland, entstehen zu lassen. Seine Selbständigkeit hat das Bistum Ermland durch Jahrhunderte bewahrt. Der letzte Bischof entstammt einer demokratischen Familie und ist bekannt wegen seiner Toleranz.

Ein Wahlbündnis zwischen „Deutschnationalen“ und „Unabhängigen“.

Bei den Kreisstagswahlen im Reg.-Bezirk Merseburg hatten die Städte Lauchitz und Schafstädt die gemeinsame Wahl der Stadtverordneten 2 Abgeordnete zu wählen. Die Mehrheit der bürgerlichen Stadtverordneten (Deutsche demokratische Partei und Deutschnationale Volkspartei) ist zwar nur gering, hätte aber zur Wahl von 2 bürgerlichen Abgeordneten ausgereicht. Da in beiden Orten die demokratische Parteilichung am stärksten vertreten ist, denn insgesamt kommen nur 2 deutschnationale Stadtverordnete in Betracht, wurden 2 deutschnationale Kandidaten in Vorschlag gebracht. Dieser Vorschlag wurde einstimmig auch angenommen. Kurz vor der Wahl aber erklärten die Deutschnationalen, daß sie sich anders bestimmen hätten und für die Wahl der demokratischen Kandidaten nicht eintreten würden. Sie hatten inzwischen nämlich, trotz der mit den Demokraten getroffenen Verabredung, Anschluß an die „Unabhängigen Sozialdemokraten“ gesucht und gefunden und von dieser die Zustimmung erlangt, daß ein „Unabhängiger“ und ein „Deutschnationaler“ als Kandidat für die Kreisstagswahl aufgestellt und gewählt werden solle. Und so ist es denn auch tatsächlich geschehen. Deutschnationale und Unabhängige haben Arm in Arm den Kampf gegen die demokratischen Kandidaten geführt und so die Wahl von zwei bürgerlichen Abgeordneten für den Kreisstag verhindert.

Viele deutsche nationale Volkspartei, die hier den Unabhängigen in den Sattel half, enttäuschte sich aber vor der Wahl außerordentlich darüber, daß ihr Angebot an die demokratische Partei abgelehnt wurde und konnte sich nicht genug in dem Ausmaß der Gefahr tun, daß infolgedessen vielleicht ein „Unabhängiger“ mehr in den Kreisstag käme. Das Beispiel von Lauchitz und Schafstädt zeigt, wie wenig sich diese deutschnationale Enttötung war. Die Herren Deutschnationalen sind eben ganz die Alten geblieben. Die früheren Konservativen haben ja oft genug ein Wahlstimmchen gegen die Sozialdemokraten abgegeben, und was man früher getan hat, das tut man auch jetzt. Das lag den Herren Konservativen früher so im Blut, und das nennt man jetzt - Deutschnational.

Preussische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 30. Mai. Am Ministertisch: Nisch Dr. Südekum u. a. Vizepräsident Dr. Krenkel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 25 Minuten. Eine deutschnationale Anfrage beschäftigt sich mit einem

Anruf des Obersten Polnischen Volkstags in Posen, der preussische Staatsbürger in den von der Abtrennung bedrohten Gebieten der Dymark vor Ungewissheit warnt und Befreiung nach Kriegsende androht. Ministerialdirektor Meißner: Es handelt sich um einen überhöhten Uebergriff. Die Regierung behält sich alles Erforderliche vor. Ein Gesuch um Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten Windau (U. S.) wird abgelehnt. Ein Gesuch um Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten Kalinowski (Soz.) an den Ausschuss zurückzuweisen.

Es folgt eine Anfrage der Abg. Reineke und Gonsow betreffend den verstorbenen

Schuh vor räuberischen Ueberfällen auf dem Lande. Unterstaatssekretär Dr. Meyer: Die Regierung ist sorgfältig darauf bedacht, den Schuh auf dem Lande zu unterstützen, und zwar mit großer Begeisterung.

Abg. Paul Hoffmann (U. S.) zieht einen Teil der Schuld den Behörden selbst bei, ebenso den Regierungstruppen.

Abg. Stendel (D. Bpt.) spricht unter großem Lärm der Unabhängigen von plündernden Arbeiterorden. Seitdem militärische Hilfe eingetroffen, haben die Plünderungen aufgehört. Den Ausban der Einwohnern zu helfen, auch wo sie nicht notwendig. Unterstaatssekretär Dr. Meyer: Der Ausban Arbeiterorden in Zusammenhang mit Arbeiterorden ist ein Widerspruch in sich. Wer plündert, ist kein Arbeiter, sondern ein Verbrecher. Entgegenstehen muß ich aber auch den unbedingtesten Angriffen des Abgeordneten Paul Hoffmann gegen die Regierungstruppen, die unter Einwirkung ihres Bundes treu ihre Pflicht erfüllt haben. (Beifall.)

Abg. Kähler (U. S.): Es handelt sich zum Teil auch

Aus der deutschen Antwort-Note an die Entente.

Ablehnung der Auslieferung der Uebersee-Handelsflotte. — Die Undurchführbarkeit der Entente-Bedingungen. — Das Verlangen nach mündlicher Verhandlung.

Die Denkschrift der deutschen Regierung geht auf den Fragen der deutschen Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands, die Handelschiffahrt und den Außenhandel über. Deutschland bedarf der Weltchiffahrt für sein gesamtes Wirtschaftsleben. Die Wegnahme der internierten deutschen Schiffe ist daher rechtlich unbegründet. Die Wegnahme der deutschen Schiffe ist eine ungerechtfertigte Einschränkung des deutschen Nachrichtenverkehrs. Durch die

Belästigung deutscher Rechte und Ansprüche und Eingliederung deutschen Privatigentums im feindlichen Ausland selbst nach Friedensschluss wird der deutsche Außenhandel von jeder Leistung ausgeschlossen und die Möglichkeit eines Wiederaufbaues beseitigt. Die Forderung auf **Auslieferung der Uebersee-Handelsflotte ist unannehmbar.**

Dagegen ist Deutschland bereit, sich an den für die Gesamtheit erforderlichen Transportleistungen zu beteiligen, indem es die Hälfte für einen Teilpool überläßt, der für alle beteiligten Nationen einseitig und gleiche Mitwirkung vorseht. Deutschland ist bereit, die Bausperre für Handelschiffe zu übernehmen.

Eine Ersatzpflicht besteht für Deutschland nur für den Schaden, der der Zivilbevölkerung durch Angriffe zugefügt wurde, und zwar in Belgien und Nordfrankreich. Eine Ersatzpflicht an Italien, Montenegro, Serbien, Rumänien und Polen wird abgelehnt, weil Deutschland hier nicht angriffen hat. Bezüglich der finanziellen Leistungen zur Schadenersatzung hält Deutschland den Grundsatz der Gegenseitigkeit aufrecht und lehnt die Erhebung der unmittelbaren Kriegskosten und der Kosten für das Besatzungsheer ab. Da Deutschland in jeder Hinsicht bereit ist, die Sicherung nicht notwendig durch Besetzung Deutschlands zu erreichen, so ist nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit ein **bestimmtes Prozentsatz der gesamten Einnahmen** des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten als Amnütigkeiten zu zahlen. An der Wiedergutmachung müssen auch alle Gebiete beteiligt sein, die durch den Friedensvertrag von Deutschland abgetrennt zu werden. Es ist demnach bereits bekannte Vorschläge über die Bestimmung der Schadenersätze im Höchstbetrage von 100 Milliarden Gold. Die ab 1920 zu leistenden Amnütigkeiten sollen in den ersten zehn Jahren nicht höher sein, als der jeweilige Gegenwert einer Milliarde Mark in Gold. Die Bestimmung der Amnütigkeiten kann durch eine Garantiefolge sichergestellt werden. Falls Deutschland mit seiner Amnütigkeit im Bereiche sein sollte, könnte den Entente-Regierungen die Kontrolle für den Dienst dieser Kasse zugebilligt werden. In der Frage der Herausgabe sowie des Entschades für Maschinen betont die Denkschrift, daß die hierfür notwendigen Maßnahmen an unter Wahrung der wirtschaftlichen Souveränität der deutschen Regierung getroffen werden müssen, daß also die von der Entente vorgeschlagene Wiedervertriebskommission andere Zusammenfassungen und mit anderen Befugnissen ausgestattet ist.

In der gestern mittags der Friedenskonferenz der Alliierten übergebenen Mantelnote heißt es unter anderem: **Wir waren nach Versailles in der Erwartung gekommen, einen auf der vereinbarten Grundlage aufzubauen Friedensvertrag zu erhalten. Wir hofften auf einen Frieden des Rechts,**

den man uns versprochen. Wir waren enttäuscht, als wir in jenem Dokument lesen, welche Forderungen die feindliche Gewalt des Gegners an uns stellt. Je tiefer wir in der Geist des Vertrages einbringen, umso mehr überzeugt wir uns von seiner Undurchführbarkeit. Die Zusatzen dieses Vertrages gehen über die Kräfte des deutschen Volkes.

Die Mantelnote kommt dann auf die territorialen und wirtschaftlichen, sowie sonstigen Forderungen der Entente-Friedensvorschlüge zu sprechen und erklärt: **Da soll ein ganzes Volk seine eigene Achtung,**

in sein Tobesurteil unterwerfen. Deutschland weiß, daß es Opfer bringen muß, um zum Frieden zu kommen. Deutschland weiß, daß es solche Opfer vertragsgemäß zu leisten hat, und wird darin an die äußerste Grenze gehen, was ihm möglich ist:

1. Deutschland bietet an, mit der eigenen Entwertung aller anderen Währungen vorzugehen,

um zu zeigen, das es helfen will, das neue Zeitalter des Friedens herbeizuführen. Es gibt die allgemeine Meinung, daß die wir bereits bekannt gegeben haben: einmündige Herabsetzung des Beeres auf 350.000 Mann, auf 200.000 Mann und schließlich erst auf 100.000 Mann. (2. Red.) abgeben, sein Heer auf 100.000 Mann. Es vertritt auf alle Schlachtfelder. Aber es legt voraus, daß es sofort als gleichberechtigter Staat in den Völkern aufgenommen wird.

2. In territorialen Fragen stellt sich Deutschland rüchthellos auf den Boden des Wilson-Programms. Es verzichtet auf seine Staatshoheit in Elsaß-Lothringen, wüßte aber dort freie Selbstbestimmung. Es tritt den größten Teil der Provinz Polen mit der Hauptstadt Warschau ab.

Es folgen dann die weiteren deutschen Vorschläge über die Gewährung von Freiheiten in Danzig, Königsberg und Memel an die Polen, die wirtschaftliche Vertrohung Frankreichs mit Kopen, die Volksbestimmungen in Schlesien, die deutschen Kolonien, die deutsche Schadenersatzpflicht bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Goldmark und eine **Aufzählung der wichtigsten Vorschläge,**

die wir zu machen haben. Wegen weiterer großer Opfer, sowie ihrer Anlage verweisen.

In der Mantelnote heißt es dann weiter: Die für die Ausarbeitung dieser Denkschrift uns geleistet hat war so kurz, das es unmöglich war, alle Fragen zu erschöpfen. Eine fruchtbarere und ausläufernde Verhandlung könnte nur in mündlicher Unterredung stattfinden. Dieser Friede soll das größte Vertragswerk der Geschichte werden. Es gibt kein Beispiel, daß so umfassende Verhandlungen nur durch Austausch geführt worden sind. Die Empfindung der Völker, daß sie ungenügend Opfer gebracht haben, verlangt, daß die Bestimmung über ihr Geheiß in **offenem rüchthellosen Gebirgsanstalt**

erfolgt. Deutschland soll den vorgeschlagenen Vertrag mit seiner Unterfertigung versehen und ihn erfüllen. Auch in seiner Not ist ihm das Recht zu helfen, als daß es sich dazu ergeben könnte, Bedingungen anzunehmen, für deren Erfüllung es nicht einsehen kann. Wohl haben immer wieder in der Geschichte der letzten Jahrzehnte die Friedensverträge der Großmacht das Recht des Stärkeren verurteilt, aber jeder von diesen Friedensverträgen gehört zu den Unheilen der Weltgeschichte, die in diesem Krieg der Sieger zum Vorschein gekommen hat, in Versailles und in Paris, waren keine Machtsworte mit einer **Auslast künftigen Aufstehens.**

Die hohen Ziele, die zuerst unsere Genossen für ihre Kriegsführung aufgestellt haben, das neue Zeitalter gefestigten Friedens, erfordern einen Vertrag von anderer Art. Ein Vertrag, der die Hände und der Geistes kann einen dauerhaften Frieden schaffen. Wir täuschen uns nicht darüber, wie hart der Kampf und die Erörterung sind, die dieser Krieg erzeugt, und doch sind die Kräfte, die für eine Einigung der Menschheit am Werke sind, jetzt stärker als je zuvor. Es ist die geschichtliche Aufgabe der Friedenskonferenz nach Versailles, diese Einigung herbeizuführen.

Zur Dedung der Produktion der zerstörten Kohlengruben in den nächsten zehn Jahren ist Deutschland bereit, in der ersten Zeit 20 Millionen Tonnen und in

„Nein, nie, Traute! Wir haben Demütigungen nicht nötig.“ Ida wußte den Kopf stolz zurück, nahm ihre Kinder und folgte Traute.

Matthias Brudmüller lächelte grinsend hinter den Abgehenden drein.

In der nächsten Minute erschien Emilie.

„Herr Thomas Brudmüller weigert sich zu kommen.“

„Wie ist das?“

„Aun eben der Herr Thomas, der draußen seine Hütte hat.“

„Draußen seine Hütte? Wertwürdige Leute hierzulande.“ Und warum wird dieser Herr nicht kommen? Matthias war nach seiner Frage die Hände auf den Hüften und begann ein gewaltiges Daherschrelen. Wie ein Fisch in der Sonne spritzender Fluß. Wie jemand, der sich seines Wertes, seiner Würde wohl bewußt ist.

Emilie zwarte einen Augenblick mit der Antwort. Dann, durch das Gebahren des Fragens gereizt, sagte sie: „Herr Thomas meint, er hätte es nicht nötig, nach iderem Hause zu gehen. Er sei kein Kind, kein Allerersterer. Und wer etwas von ihm wünsche, der möchte sich zu ihm bemühen.“

„D. o. lassen Sie diesen Menschen.“ „Wie, noch etwas?“

„Ja, Herr Thomas laute auch noch, wenn er dem Herrn aus Frankreich bei Gelegenheit begegnen sollte, so würde er ihm eine Anstandsprobe halten, doch.“

„Halt!“ befohl Matthias, die Rede der Arieleln zu unterbrechen. „Dieser Mensch ist wohl wahnsinnig! Wie? In dem, mir dies sagen zu lassen! Zum Teufel werde ich ihm morgen jagen! Auch alle Tage ist zum Teufel. Die teutonische Jugendstilleheit feiert ja in diesem Hause geradezu Orgien.“

Matthias lächelte ein undefinierbares Lächeln. Dann sagte er zu Emilie: „Also bleiben Verabschiede.“

„Ich möchte ihn in einer halben Stunde zu hause.“

Die Jungfer Arieleln konnte nicht umhin, der herrlichen Art dieses Mannes die Stirn zu bieten. Darüber kann sie nichts bestimmen, sagt sie nachdrücklich. „Die Zeitung dieses Hauswrens liegt in den Händen der Frau Doktor. Sie nach dem, was die Frau Doktor befehlt, richte ich mich.“ (Fortsetzung folgt.)

war um ein Vorgehen gegen die Lebensmittelunterbrechung der Randwirte. Die Einwohnerwehren verwerfen wir.

Hg. Meyer-Rheine (Soz.): Wir sind natürlich für Maßnahmen gegen die Währungsänderung.

Hg. Stöcklein (U. S.): In Ober-Schlesien haben sich die Arbeiter in den Kampf gegen das Räuberwehen vorzüglich bewährt.

Hg. Dr. Reineke (Ztr.): Gewiß ist die Not groß, aber damit sollen die Währungsänderung, Gewalt und Todschlag nicht entschuldigen.

Es folgen förmliche Anfragen über die Verbesserung des Arbeiterlohnes

und die Neuordnung des Anknappschaffens.

Hg. Kaufmann (Soz.): Es müssen bald alle freigegeben werden. Das Alter der jugendlichen Arbeiter im Gebrauch muß heraufgesetzt werden. Auch ist der baldige Abschluß von Tarifverträgen erforderlich. Die Frauarbeit auf den Straßen sollte man ganz verbieten. Die Kosten der Anknappschaffens-Analysen und Anknappschaffens-Witwen bedürfen unbedingt der Erhöhung.

Hg. Jürgel (Soz.) weist insbesondere auf die freigeberliche Beurteilung von Bergarbeitern im Saargebiet hin, ferner auf die Abschiebung vieler Bergleute nach dem rechten Rheinufer. Was wird die Regierung zum Schutz dieser Arbeiter und ihrer Familien tun?

Handelminister Rühl: Die Bergarbeiterfrage soll nach dem Verfassungsentwurf auf das Reich übergehen. Ueber die Neugestaltung des Anknappschaffens finden schon Besprechungen statt. Somit wird den abgehenden Bergarbeitern helfen können, ist es gefahren.

Hg. Seeger (Ztr.): In vielen Anknappschaffensvereinen sind 60 bis 80 Prozent der Mitglieder krank. Dieser traurige Zustand macht eine intensive Verbesserung des Bergarbeiterlohnes dringend notwendig.

Die Fortsetzung der Ansprache wird unterbrochen. Ein Gesuch um Genehmigung zur Straferfolgung des Abgeordneten Karpmann wird abgelehnt.

Nächste Sitzung: Sonnabend, den 31. Mai, mit 10 Uhr 12 Uhr: förmliche Anfragen und Anträge. Schluß 5 1/2 Uhr.

Das Blümchen Rühmlichichten

WTB. Bern, 29. Mai. Soweit jetzt die Schweizer Blätter die deutschen Gegenwortschlüsse kommentieren, weisen sie auf die Auster hin, die die deutschen Vorschläge von dem Versailler Vertragsentwurf trennt. Die „Zürcher Post“ meint, daß für die Annahme, man werde durch die beiden Vorschläge nach Verhandlungen eine Mittellinie ziehen, die Tatsache spreche, daß alle Teile am Zustandekommen des Friedens nahezu mit ihrer Existenz verknüpft sind. „Journal de Genève“ untersucht die Berechtigung der Deutschen, die Alliierten auf die 14 Punkte Wilsons festzusetzen, und schreibt: Weicht man den Deutschen dieses Recht zu, so muß man anerkennen, daß die betreffenden Ausführungen viele treffende Bemerkungen enthalten. Andererseits gibt es in den alliierten Ländern niemand, der nicht die Mängel des Versailler Entwurfs einsehe. Da aber der ganze Entwurf ein zerbrechliches Kompromiß ist, wagt man nicht, daran zu rühren. Die Deutschen begehren daher einen schweren Fehler, wenn sie etwa glauben, in wesentlichen Punkten eine Revision erlangen zu können. Auch der Leitartikel der „Basler Nationalzeitung“ sagt, es könne leider kein Zweifel darüber bestehen, daß bei den Alliierten nicht die geringste Neigung vorhanden sei, sich irgendwie lachsig mit Deutschlands Gegenwortschlüssen auseinanderzusetzen. Man müsse aber der Wahrheit gemäß antworten, daß die deutschen Vorschläge die besten seien, da sie weniger Unrecht und wenig Reue zu neuen Kriegen enthalte. Allerdings hält man auch sie nicht für tadelloß und rügt dabei besonders die deutsche Auffassung des Selbstbestimmungsrechts, die in der Erziehung von Vorurteilen, besonders zugunsten Polens, liege.

mit aller Entschiedenheit zurück und weichte ihn an sich. Ihr empörtes Auge kamme dem Dreifling tiefstehende Enttäufung in das Gesicht. „Ich verbitte mir diese Art und Weise, meine Kinder zu behandeln.“ erklärte sie, während ihr dem Kopf und die Halsenkel vor Zorn bebten. „Was unternehmen.“ „Sie sind.“ Es war ihr nicht möglich, diesen anmaßenden Menschen noch länger, das zu nennen.

Traute fragte ihr bei und hörte die Föhne der Soldatendat über den hier feindlich gegenwärtigen Raeren Ida Brudmüller samt Söhnen und Traute Wessling. Das über sie gekommene gemeinsame Unheil, die Gewißheit, daß hier nun alles zu Ende sei, schlug Bräuden und hob die Gegenläse — für diese Stunde wenigstens — auf.

Sie trat entschlossen neben die Frau Magistratssekretär aus Spandau und sagte, vor Aufregung mit der Stimme zitternd: „Es ist ganz meine Meinung, liebe Ida, daß du gegen eine Angehörige protestierst. Der Herr Verwandte führt sich nicht gerade vortrefflich ein.“

Der Getadelte lächelte spöttisch und trauzte die Arme über der Brust. „Es ist mit durchaus klar, daß ich nicht mit Lobgedängen und Freudenfeuer entzünden werden kann, meine Dame.“

„Herr kommt und höre, ich nie ötern zu können. Man hätte natürlich mit meinem Tode gerechnet und war wohl schon im Hissen mit der Leistung meines Erbes beschäftigt. Und nun ist der die Strich da, der quer durch alle Klänge fährt.“

„Ich glaube, mir können die Unterhaltung heben.“ Es ist kein Unrecht, daß Sie, Frau Wessling, und Sie, Frau Brudmüller, dies Haus nach Möglichkeit bald verlassen.“

Traute ließ die abermalige Verhöhnung ihres ehrenwerten Namens unbeantwortet passieren. Was galt ihr das, wenn es ein mündliches Weien tat, dessen ganzes Betragen überhört unqualifizierbar war! „Kommt, Ida!“ sagte sie voller Verachtung. „Dieser Herr ist keines weiteren Wortes wert. Wenn es irgend möglich ist, ziehen wir morgen ab.“

„Während der ganzen Nacht will ich haben, um schnellstens fortzukommen.“

„Ihr Auge richtet sich auf ein kleines, schwebendes Bild mit Matthias Gesicht.“

„Das sollte Ihr Vater wissen, in was für einer schändlichen Weise Sie Ihre Verwandten behandeln!“

„Sie rde ihm drohend die Hand hin, Sie findt geballt.“

„Ihr Vater war ein Gentleman. Aber Sie sind ein . . . Mist!“

„So kommt doch, liebe Ida! Nie und nimmer werden wir einen Kniefall tun.“

„Ihr Auge richtet sich auf ein kleines, schwebendes Bild mit Matthias Gesicht.“

„Das sollte Ihr Vater wissen, in was für einer schändlichen Weise Sie Ihre Verwandten behandeln!“

„Sie rde ihm drohend die Hand hin, Sie findt geballt.“

„Ihr Vater war ein Gentleman. Aber Sie sind ein . . . Mist!“

„So kommt doch, liebe Ida! Nie und nimmer werden wir einen Kniefall tun.“

„Ihr Auge richtet sich auf ein kleines, schwebendes Bild mit Matthias Gesicht.“

„Das sollte Ihr Vater wissen, in was für einer schändlichen Weise Sie Ihre Verwandten behandeln!“

„Sie rde ihm drohend die Hand hin, Sie findt geballt.“

„Ihr Vater war ein Gentleman. Aber Sie sind ein . . . Mist!“

„So kommt doch, liebe Ida! Nie und nimmer werden wir einen Kniefall tun.“

